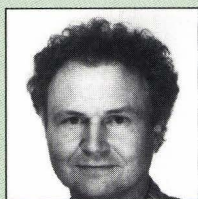


Qualifizierung in Beschäftigung – neue Ansätze zur beruflichen Integration von Problemgruppen des Arbeitsmarktes

Peter-Werner Kloas

*Dr. rer. pol., Diplomvolkswirt / Diplombetriebswirt,
Leiter der Abteilung 1.2
„Qualifikationsstrukturen
und Berufsbildungsstatistik“ im Bundesinstitut für
Berufsbildung, Berlin*



Die Probleme von Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung sind vorgezeichnet: Unter den Arbeitslosen sind sie überrepräsentiert, soweit sie einer Arbeit nachgehen, sind ihre Beschäftigungsverhältnisse besonders gefährdet. Die Zukunft ist düster, weil sich der Bedarf der Wirtschaft an Einfachqualifikationen in den nächsten fünfzehn Jahren halbiert.

Wie soll darauf reagiert werden? Im präventiven Sinne muß nach wie vor alles getan werden, die berufliche Orientierung und Ausbildung von Schulabgängern zu verbessern. Ebenso wichtig ist aber eine ergänzende „Reparaturstrategie“, die gangbare Wege aufzeigt, wie „Ungelernte“¹ einen verwertbaren Ausbildungsabschluß nachholen können. Mit der Einlösbarkeit dieser „zweiten Chance“ setzt sich der folgende Beitrag auseinander.

Problemgruppen des Arbeitsmarktes

In Deutschland hat sich in den vergangenen fünfzehn Jahren ein – auch international – geschätztes System der Berufsorientierung und -ausbildung von benachteiligten Jugendlichen entwickelt. Trotz eines breiten Spektrums an ausbildungsvorbereitenden Maßnahmen, ausbildungsbegleitenden Hilfen und überbetrieblichen Einrichtungen mit sozialpädagogischem Ausbildungsangebot

bleiben aber immer noch über zehn Prozent eines Altersjahrgangs ohne anerkannte Berufsqualifikation.

Die Probleme der Ungelernten sind nicht nur am hohen Arbeitslosenanteil und an den besonderen Beschäftigungsrisiken dieser Gruppe ablesbar. Besorgniserregend ist vor allem die Dauerhaftigkeit dieser prekären Situation: Obwohl die Nachfrage nach gut ausgebildeten Fachkräften – hauptsächlich bedingt durch Umschichtungen innerhalb der Belegschaften – weiter steigt, können Ungelernte mehrheitlich nicht von der Nachfrageentwicklung profitieren, weil sie nicht über den „Führerschein für das Beschäftigungssystem“ verfügen und auch durch Weiterbildung nicht erreichen werden.

Schätzungen des Bundesinstituts für Berufsbildung gehen davon aus, daß in der Bundesrepublik Deutschland allein in der Altersgruppe der 20- bis 29jährigen derzeit rund 1,6 Mio. Personen weder einen anerkannten Berufsabschluß erworben haben noch sich in Ausbildung befinden.

Die Gründe der Ausbildungslosigkeit lassen sich vor allem vier Ursachenkomplexen zuordnen:

- Fehlende Ausbildungsplätze verschärfen die Auswahlkriterien der Betriebe: Frauen, Ausländer, Leistungsschwache, „sozial auffällige“ Jugendliche und Behinderte haben das Nachsehen.
- Ein Teil der Schulabgänger zieht es zunächst vor, zu „jobben“, anstatt eine Ausbildung zu beginnen. Viele dieser Jugend-

lichen sind hinsichtlich der Berufswahl orientierungslos. Ausbildung gehört (noch) nicht zu ihrer Lebensplanung. Ihre Ausbildungsmotivation ist auch deshalb gering, weil viele des Lernens in herkömmlichen (schulischen) Formen überdrüssig sind und sich aufgrund unzureichender schulischer Leistungen in der Konkurrenz um Ausbildungsplätze wenig zutrauen.

- Wenn der Schritt in die Ausbildung gelingt (rund ein Viertel der Ungelernten begann eine Ausbildung), fehlt es oft an begleitenden Hilfen, an Stütz- und Förderunterricht und an sozialpädagogischer Betreuung, z. B. bei persönlichen Notlagen, wenn Lernschwierigkeiten auftreten oder wenn Konflikte zu bewältigen sind. Ersatzlose Ausbildungsabbrüche sind die Folge.
- Speziell für die neuen Bundesländer ist zu berücksichtigen, daß in der ehemaligen DDR bildungsmäßig und sozial benachteiligte Jugendliche in „Teilberufen“ ausgebildet wurden, die nach heutigem Standard nicht anerkannt und auf dem Arbeitsmarkt nicht verwertbar sind. Die Situation dieser Teilfacharbeiter ist ähnlich mißlich wie die von Jugendlichen ohne jede Berufsqualifikation.

Ungelernte sind in erhöhtem Maß von beruflicher Perspektivlosigkeit, sozialem Abstieg und gesellschaftlicher Ausgrenzung bedroht: In den alten Bundesländern sind nur zwei Drittel der jüngeren Ungelernten erwerbstätig. Die Beschäftigungsverhältnisse sind unsicher. Gelegenheitsarbeit und Leiharbeit sind häufig. In den neuen Bundesländern ist die berufliche und soziale Situation dieses Personenkreises noch ungünstiger. Lediglich die Hälfte ist berufstätig. Öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse sind hier bereits eingerechnet.²

Die Zahl der Arbeitsplätze für Ungelernte ist in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen. Experten sagen bis zum Jahr 2010 den weiteren Abbau von nahezu drei Millionen Ungelernten-Arbeitsplätzen voraus. „Dies entspricht einem Wegfall von rund 50

Prozent aller Arbeitsplätze für Personen ohne formalen Berufsabschluß.“³

Die Fakten und die prognostizierte Entwicklung machen deutlich, wie wichtig es ist, diesen Personenkreis in stabile Erwerbstätigkeit zu vermitteln, und – quasi als unabdingbare Voraussetzung dafür – ihm das Nachholen eines verwertbaren Berufsabschlusses zu ermöglichen.

Mit welchen Qualifizierungsstrategien kann denjenigen, die ohne Ausbildung geblieben sind, geholfen werden? Welche Qualifizierungswege sind erfolgversprechend, wenn das System der Orientierung, Vorbereitung und Ausbildung von Jugendlichen versagt hat, weil entweder Schulabgänger nicht erreicht oder weil begonnene Ausbildungsverhältnisse ersatzlos abgebrochen wurden? Was ist zu tun, wenn diese Jugendlichen im Erwachsenenalter als Problemgruppen des Arbeitsmarktes, als Langzeitarbeitslose und soziale Außenseitergruppen wieder auftauchen?

Herkömmliche Wege zur Nachqualifizierung scheiden aus

Angesichts der im Bildungssystem bisherigen Wege der Nachqualifizierung wird schnell klar: Wer als Jugendlicher den Einstieg in eine Ausbildung verpaßt hat, steht als Erwachsener vor verschlossenen Türen.

Die jugendtypische Form der **Erstausbildung** scheidet für den Personenkreis aufgrund des Alters und der Lebenssituation als Möglichkeit zur Nachqualifizierung aus. Weder reicht die Ausbildungsvergütung zur Existenzsicherung noch entsprechen die Lernformen den Anforderungen Erwachsener.

Der Weg über die traditionelle **Umschulung** kommt nur für wenige in Betracht, da viele weder die formalen Zugangsvoraussetzungen

erfüllen noch in der Lage sind, in dem gegenüber der normalen Berufsausbildung stark verkürzten Zeitrahmen einer Umschulung die Lernanforderungen eines vollständigen Berufsbildes zu bewältigen.⁴ Für die Teilgruppe der Erwerbstätigen unter den Ungelernten ist Umschulung sowieso keine Perspektive: Wer in einem Beschäftigungsverhältnis steht, wird kaum kündigen, um über den Umweg der Arbeitslosigkeit sich den Weg in eine Umschulung zu bahnen. Darüber hinaus liegt das dann zu zahlende Unterhaltsgeld deutlich unter dem derzeitigen Verdienst, so daß eine Qualifizierung auch unter finanziellen Gesichtspunkten nicht attraktiv ist – ganz zu schweigen von der Frage, ob nach abgeschlossener Umschulung der Einstieg in eine adäquate Erwerbstätigkeit glücken wird.

Auch der alternative Weg, über die **Externenregelung** – nach sechsjähriger einschlägiger Berufstätigkeit (Regelfall bei dreijährigen Ausbildungsberufen) mit anschließender Kammerprüfung – zu einem anerkannten Abschluß zu kommen, ist für viele nicht gangbar. Diesen Weg gehen überwiegend Menschen, die hoch motiviert sind, und die sich die fachtheoretischen Anforderungen in Abend- und Wochenendkursen aneignen können.⁵ Die meisten jungen Erwachsenen ohne Berufsausbildung sind jedoch lerngewohnt und können aufgrund ihrer Biographie und ihrer Lebensumstände ein so anspruchsvolles Ziel unter erschwerten Bedingungen nicht über einen längeren Zeitraum hinweg verfolgen.

Die traditionellen Instrumentarien der Nachqualifizierung können die Problemgruppen des Arbeitsmarktes nur begrenzt oder gar nicht erreichen, weil

- der zeitliche Rahmen der Qualifizierung zu eng und unflexibel ist
- die Didaktik und Methodik für lerngewohnte Personen zu verschult sind
- die finanzielle Absicherung unzureichend ist und Qualifizierungsfortschritte nicht mit einer besseren Entlohnung verbunden sind

- die häufig vorhandenen Vorqualifikationen (die z. B. im Rahmen einer abgebrochenen Ausbildung, einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme oder einer regulären Beschäftigung erworben wurden) nicht betriebs-/trägerübergreifend zertifiziert und nicht so anerkannt werden, daß sie für aufbauende Qualifizierungsmaßnahmen anrechenbar sind
- keine Hilfestellungen geboten werden bei der Bewältigung sozialer Probleme, die bei der Zielgruppe überproportional auftreten (Schulden, Wohnungsprobleme, Suchtfährdung etc.).

Demgegenüber müssen Möglichkeiten zum Nachholen der Berufsausbildung geschaffen werden, die den individuell unterschiedlichen Lebenslagen, Berufsverläufen und Qualifizierungsvoraussetzungen der Zielgruppe angepaßt sind. Die **Koppelung von Erwerbstätigkeit mit Qualifizierung**, die curricular und organisatorisch mit dem Arbeitsprozeß abgestimmt ist und den **Arbeitsplatz als Lernfeld** nutzt, bietet für Erwachsene ohne Berufsausbildung eine Chance, den Berufsabschluß nachzuholen.

Pädagogische Perspektiven der Kombination von Beschäftigung und Qualifizierung

Ein kurzer Blick auf die zurückliegende Entwicklung hilft, den veränderten Stellenwert arbeitsprozeßlichen Lernens zu verstehen, sowohl generell als auch unter der speziellen Zielsetzung der Integration benachteiligter Gruppen.

Die Erkenntnis, daß Arbeit qualifiziert und als tragendes Element des beruflichen Lernens eingesetzt werden kann, ist mindestens ebenso alt wie das System der Berufsausbildung in den deutschsprachigen Ländern. Trotzdem ist diese für die berufliche Bildung charakteristische Form der Qualifizierung

immer wieder Veränderungen unterworfen. Sie lassen sich ablesen an der unterschiedlichen Bedeutung, die der Qualifizierung über Arbeit in der Bildungspolitik und -praxis zugewiesen wird: In den Anfängen der systematischen Berufsausbildung stand diese Qualifizierungsform eindeutig im Vordergrund. „Lernen durch Tun“ war zentrales Element der klassischen „Beistellehre“.

Mit der fortschreitenden Systematisierung und Pädagogisierung des beruflichen Lernens rückten dann intentionale Lehr-Lern-Prozesse in den Vordergrund. Vor allem in der Industrie wurde ausdrücklich die Strategie verfolgt, berufliches Lernen zu systematisieren, es nach pädagogischen Prinzipien auszurichten und „schulische“ Lernformen auch in den Betrieben und in überbetrieblichen Ausbildungsstätten zu installieren. Die pädagogische Forschung und Entwicklung wandte sich im erhöhten Maße dem Lernen außerhalb von Arbeit zu. Für die schulischen Lernformen wurden in den letzten Jahrzehnten gezielt Konzepte, Materialien und Hilfen erarbeitet. Die Arbeit selbst wurde zunehmend weniger als ein zu aktivierendes Lernpotential angesehen. Die Abkoppelung beruflicher Bildung von der Arbeitswelt – ihre gesonderte Organisation – erschien vielen als einzig vernünftige, die Qualität und Effektivität der Lernprozesse sichernde Alternative. In der Arbeitsmarktpolitik entsprach die voneinander unabhängige Entwicklung von Beschäftigungsförderungsprogrammen einerseits und von Qualifizierungsprogrammen andererseits der gleichen Logik. Personengruppen, denen schulisches Lernen schwer fällt, wurden durch diese Entwicklungen im Beschäftigungssystem, in der Forschung und in der Arbeitsmarktpolitik benachteiligt und tendenziell aus Lernprozessen verdrängt.

Inzwischen ändert sich die Situation: Der Arbeitsplatz rückt wieder ins Blickfeld, „Lernen in der Arbeit“ wird von der Pädagogik und der Berufsbildungspraxis wiederentdeckt – auf einer Ebene, die nicht mit

der einfachen „Beistellehre“ vergleichbar ist. Aufgrund der Neuorientierung in der beruflichen Bildung, neben fachspezifischem Wissen und Können eine fundierte berufliche Handlungsfähigkeit zu vermitteln, wird zunehmend nach Methoden und Konzepten gesucht, um die arbeitsweltliche Realität in der Aus- und Weiterbildung durch lernhaltige Produktionsaufgaben, Fertigungseinheiten etc. einzubinden. Auch Kostenerwägungen führen zum Umdenken, weil das Lernen im Arbeitsprozeß – gemessen am Lerneffekt – inzwischen vielen Verantwortlichen kostengünstiger erscheint als davon abgekoppelte Lernprozesse in Kursen oder Lehrwerkstätten.⁶

Eine stärkere Gewichtung des Lernens im Arbeitsprozeß läßt sich nicht nur aus den veränderten Qualifikationsanforderungen des Beschäftigungssystems ableiten, sondern auch aus der zunehmenden „Politikfähigkeit“ der Forderung, benachteiligte Jugendliche und Erwachsene (sogenannte lernungewohnte Personengruppen) nicht mehr von Berufsbildungsprozessen auszuschließen. Arbeitsbezogenes Lernen ist für diese Personengruppe eine Alternative, weil es ihren Lernvoraussetzungen entgegenkommt.

Differenzierte und flexible Wege zum Berufsabschluß eröffnen

Das Bundesinstitut für Berufsbildung setzt sich für eine Stärkung der beruflichen Qualifizierung in den Beschäftigungsförderungsprogrammen des Bundes und der Länder ein, weil die Verbindung von Beschäftigung und Qualifizierung Perspektiven für diejenigen Gruppen auf dem Arbeitsmarkt eröffnet, die durch herkömmliche – von Beschäftigung losgelöste oder nur ziellos dazuaddierte – Qualifizierungsmaßnahmen nicht erreicht werden. „Stärkung“ bedeutet hier vor allem zweierlei: Die Nutzung des Lernfeldes

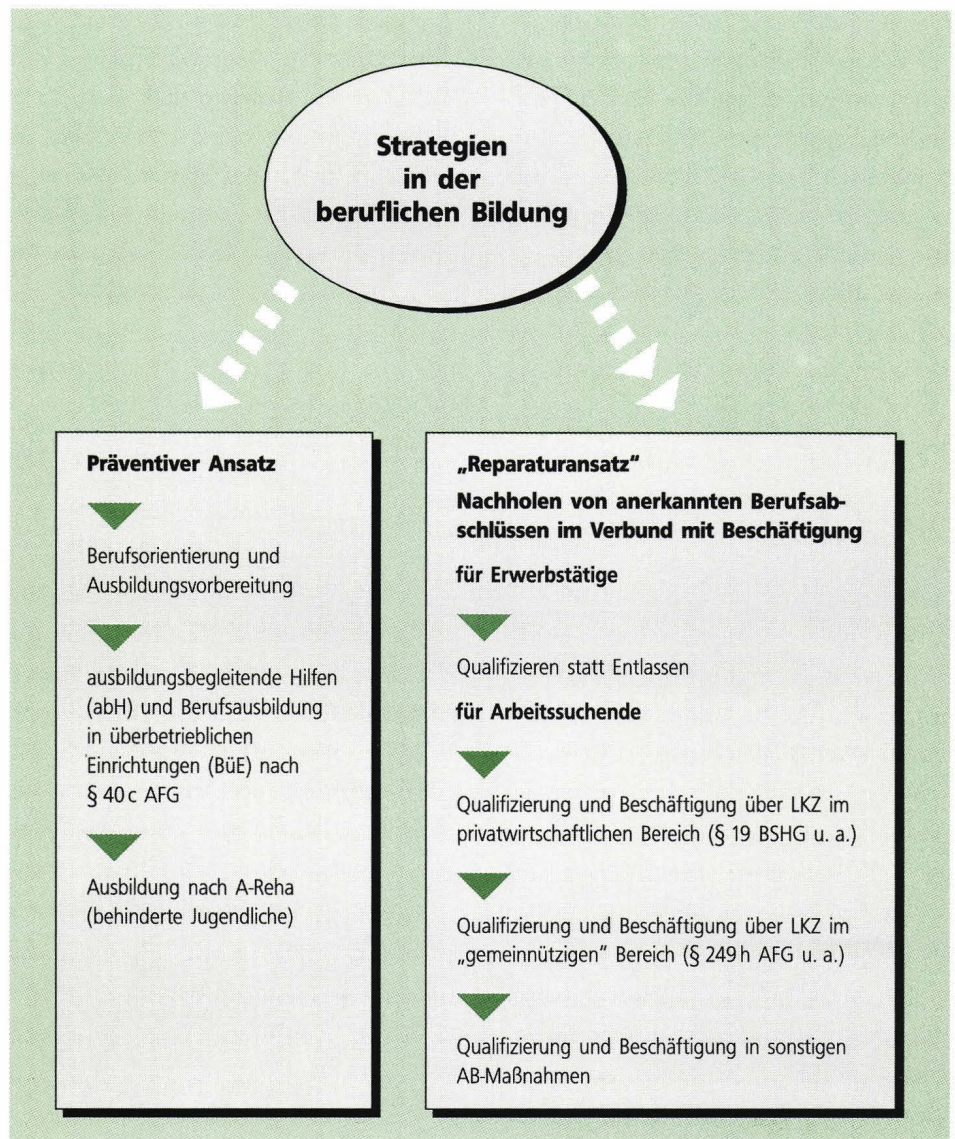
„Arbeitsplatz“ und die Ausrichtung der Qualifizierung auf anerkannte, verwertbare Berufsabschlüsse.

Jeder zweite junge Erwachsene ohne Berufsabschluß ist an einer nachträglichen Ausbildung interessiert. Jeder vierte bis fünfte Befragte denkt ernsthaft über die Aufnahme einer abschlußbezogenen Qualifizierung binnen Jahresfrist nach.⁷ Legt man den eingangs genannten Anteil Ungelernter im Alter von 20 bis 29 Jahren zugrunde, so könnten in Deutschland allein in dieser Altersgruppe **rund 320 000 Personen** für eine abschlußbezogene Nachqualifizierung gewonnen werden. Dies allerdings nur, wenn die Qualifizierung nicht losgelöst von Erwerbsarbeit erfolgt, sondern organisatorisch und curricular **mit einem Beschäftigungsverhältnis** im ersten oder im zweiten Arbeitsmarkt **verzahnt wird**.

Die Koppelung mit Beschäftigung kann z. B. erfolgen, indem⁸

- (noch) erwerbstätige Ungelernte im Rahmen ihres Beschäftigungsverhältnisses mit ergänzenden betrieblichen und außerbetrieblichen Qualifizierungsangeboten berufsbegleitend nachqualifiziert werden (Beschäftigungssicherung durch Betriebs- oder Tarifvereinbarungen unter dem strategischen Ziel „**Qualifizieren statt entlassen**“)
- arbeitslose Ungelernte durch Lohnkostenzuschüsse nach dem Bundessozialhilfegesetz **in Betriebe des ersten Arbeitsmarktes** vermittelt werden, wo sie über Berufspraxis und berufsbegleitende Qualifizierungsangebote Abschlüsse erwerben können (Beispiele: Programm 304 in Mecklenburg-Vorpommern und Programm 501/301 in Berlin)
- für arbeitslose Ungelernte mit Anspruch auf Lohnersatzleistungen durch pauschalisierte Lohnkostenzuschüsse zur Arbeitsförderung vergleichbare Nachqualifizierungs-Arbeitsplätze im „**gemeinnützigen**“ **Bereich** eingerichtet werden, z. B. im öffentlichen Dienst, bei Trägern der Umweltsanierung, der sozialen Dienste, der Jugendhilfe, des Brei-

Abbildung 1: **Bildungspolitische Strategien zur Verringerung des Anteils von Un- und Angelernten**



tensports, der Kulturarbeit und der Vorbereitung denkmalpflegerischer Arbeiten (Beispiel: Förderung nach § 249 h Arbeitsförderungsgesetz, die speziell auf die neuen Bundesländer ausgerichtet ist)

- Sonstige Beschäftigungsverhältnisse im **zweiten Arbeitsmarkt** mit begleitender Qualifizierung verbunden werden (in Beschäftigungsgesellschaften, in sozialen Betrieben, in gemeinnützigen Leiharbeitsfirmen u. a.)

In besonderem Maße für berufliche Qualifizierung im Rahmen von Beschäftigung ansprechbar sind bestimmte Teilgruppen von Ungelernten, vor allem

- Arbeitslose und
- Personen, die bereits mit Berufsbildungsmaßnahmen unterhalb des Niveaus anerkannter Ausbildungsabschlüsse in Berührung kamen (z. B. früher an berufsvorbereitenden Maßnahmen teilgenommen hatten oder eine Ausbildung abbrachen).

Rund drei Viertel der Ungelernten, die sich beruflich qualifizieren wollen, sind auf bestimmte Berufe festgelegt, haben klare Berufswünsche. Mehr als ein Drittel wollen einen Berufsabschluß in dem Tätigkeitsbereich erwerben, in dem sie bereits über Berufserfahrung verfügen. Angesichts der

geringen Erwerbsquote von jungen Erwachsenen ohne abgeschlossene Berufsausbildung (zwei Drittel in West-/die Hälfte in Ostdeutschland), ist dieses Ergebnis beachtenswert. Ein relevanter Personenkreis verfügt offenbar über Voraussetzungen für eine berufliche Qualifizierung, an die sich anknüpfen läßt.

Der Programmmentwurf „Arbeit und Berufsausbildung kombinieren“

Aufbauend auf Untersuchungsergebnissen zur Zielgruppe der Ungelernten und auf Praxiserfahrungen – u. a. aus der früheren Modellversuchsreihe zur „beruflichen Qualifizierung von Erwachsenen, die keine abgeschlossene Berufsausbildung haben und ein besonderes Arbeitsmarktrisiko tragen“⁹ – wurde 1992 von mehreren Berufsbildungs- und Arbeitsmarktexperten ein Programmmentwurf zur berufsbegleitenden Nachqualifizierung junger Erwachsener entwickelt.¹⁰

Mit ihm wurde versucht, den individuell unterschiedlichen Lebenslagen und Lernvoraussetzungen der Zielgruppe gerecht zu werden und Qualifizierungshemmnisse zu überwinden. Konstitutiv für diesen Programmmentwurf sind folgende Kriterien:

- Hinführung zum **anerkannten Ausbildungsabschluß** nach dem Berufsbildungsgesetz bzw. der Handwerksordnung (ggf. als Teil einer Förderkette, wenn der Berufsabschluß wegen eines zu kurzen Förderzeitraums der jeweiligen Maßnahme nicht in diesem erreicht werden kann)
- organisatorische und **curriculare Verknüpfung von Qualifizierung im Arbeitsprozeß und Lernen in Kursen** (duale Berufsbildung, Lernortvernetzung, Betrieb als adäquates Lernfeld); Entwicklung entsprechender Lerneinheiten
- Zerlegung vorhandener Berufsbilder in **zertifizierbare Module** (zusammenhängende Qualifikationsbündel), um Vorqualifikationen

differenziert aufgreifen und bei evtl. Abbrüchen bis dahin erworbene Qualifikationen festhalten zu können

- Vergütungsniveau im **tariflichen Rahmen**, **steigende** Vergütung mit Zunahme der erworbenen Qualifikationen als Lernanreiz
- Aufstellung eines **individuellen Bildungsplanes**
- kontinuierliche **entwicklungsbegleitende Beratung und Hilfe** bei sozialen Problemen wie Wohnungsnot, Verschuldung, Sucht etc.

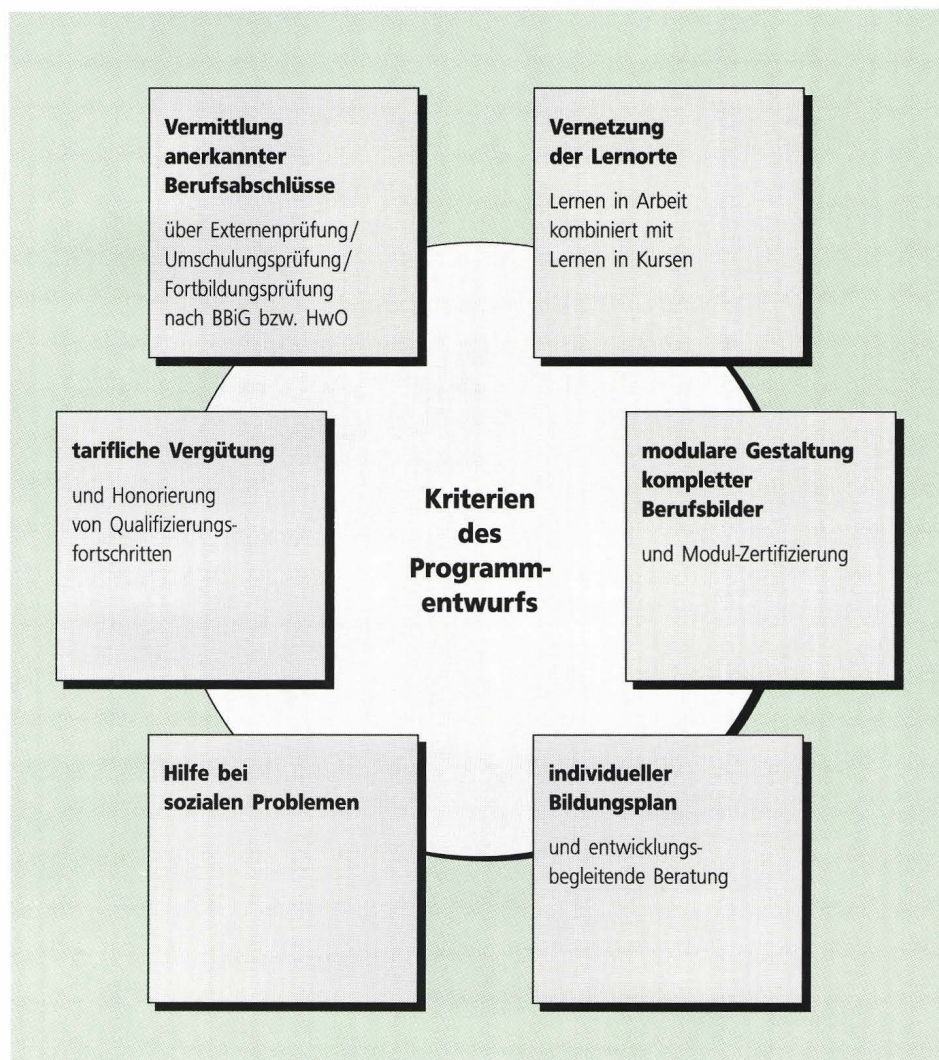
Gefordert wurde ein Bundesprogramm zur Nachqualifizierung von Problemgruppen des Arbeitsmarktes, ersatzweise Programme der Länder, die die bestehenden „Förderlücken“

zwischen den Einzelmaßnahmen wie Fortbildung und Umschulung, Arbeitsbeschaffungs- oder anderen Beschäftigungsmaßnahmen schließen könnten.

Zwischenbilanz: Ein Schritt zurück – zwei Schritte vor

Hinter dem Programmmentwurf „Arbeit und Berufsausbildung kombinieren“ steht die Idee, in Anlehnung an das Bundesprogramm zur Förderung der Berufsausbildung benachteiligter Jugendlicher auch für Erwachsene, die ohne Berufsausbildung geblieben sind, einen eigenen **bundesweiten**

Abbildung 2: **Nachholen von anerkannten Berufsabschlüssen im Verbund mit Beschäftigung**



Quelle: BIBB

Förderansatz zur berufsbegleitenden Nachqualifizierung installieren zu helfen.

Diese Hoffnung auf einen originären Programmansatz hat sich bisher nicht erfüllt. Die Finanzierungsschwierigkeiten haben eher noch zugenommen, nicht zuletzt durch die drastischen Einschnitte im Arbeitsförderungsgesetz und das Zurückfahren mancher Landesprogramme, die als ergänzende Finanzierung notwendig sind.

Auf der anderen Seite haben der zunehmende Problemdruck auf dem Arbeitsmarkt, das deutlicher werdende Profil der Ungelerntengruppen und die konzeptionelle Auseinandersetzung mit neuen Formen der berufsbegleitenden Nachqualifizierung – als organisatorische, zeitliche und curriculare Verknüpfung von Qualifizierung am Arbeitsplatz und Lernen außerhalb des Arbeitsprozesses – in den letzten zwei Jahren dazu geführt, daß bestimmte Projekte und Landesprogramme weiterentwickelt oder auch neu installiert wurden.

Eine vom Bundesinstitut für Berufsbildung und dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft im Mai 1993 in Schwerin gemeinsam durchgeführte Fachtagung zum Thema „**Differenzierte Wege zum anerkannten Berufsabschluß**“ setzte sich in einer der drei Arbeitsgruppen ausführlich mit den berufsbegleitenden Ansätzen, Maßnahmen und Modellen der Nachqualifizierung auseinander.¹¹ Die Ergebnisse der Fachtagungsdiskussion und des Erfahrungsaustauschs zwischen den beteiligten Maßnahmeträgern, den Vertretern von Verbänden, Bundes- und Landesministerien sowie der Arbeitsverwaltung gingen in das **Handlungskonzept des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft** (jetzt BMBF) „für die Qualifizierung von Jugendlichen, die bisher ohne abgeschlossene Berufsausbildung bleiben“ ein.¹² Das Handlungskonzept wurde dem Hauptausschuß des Bundesinstituts für Berufsbildung vorgelegt und dort

grundsätzlich begrüßt. Auch die von den Regierungschefs von Bund und Ländern nach dem bildungs- und forschungspolitischen Grundsatzgespräch beim Bundeskanzler eingesetzte Arbeitsgruppe „Berufliche Bildung“ hat sich in ihrem **Maßnahmenkonzept zur Stärkung der beruflichen Bildung** für eine Verringerung des Anteils Ungelernter ausgesprochen. Unter dem Gesichtspunkt der „nachträglichen Qualifizierung Jugendlicher und Erwachsener ohne Ausbildungsabschluß“ werden Maßnahmen empfohlen, die sich am Programmmentwurf zur berufsbegleitenden Nachqualifizierung orientieren.

Finanzierungsrahmen für Nachqualifizierung sichern

Schon als Ergebnis der Schweriner Fachtagung wurde deutlich, daß der wesentliche Hemmfaktor, der einer zügigen und schnellen Umsetzung adressatengerechter Nachqualifizierungsmaßnahmen entgegensteht, in den restriktiven Finanzierungsbedingungen der Maßnahmen liegt: Alle Wege, die derzeit das Nachholen von Ausbildungsabschlüssen in Verknüpfung mit Beschäftigung erlauben, zeichnen sich durch diskontinuierliche und instabile Rahmenbedingungen aus. Die beteiligten Unternehmen, Beschäftigungsgesellschaften und Qualifizierungsträger müssen ihre Finanzierung ausnahmslos durch ein kompliziertes Förderungsmix regeln. Je nach regionalen Besonderheiten werden hierzu Mittel aus Landesprogrammen und EU-Fonds verwendet, sofern eine Grundfinanzierung nach dem Arbeitsförderungsgesetz bereitgestellt wird.

Die bestehenden „Förderlücken“ zwischen den Einzelmaßnahmen müssen geschlossen werden. Insbesondere für Ungelernte als besondere Problemgruppe des Arbeitsmarktes ist es erforderlich, daß die bisherige Trennung von Beschäftigungs- und Qualifizierungszielen in den Maßnahmen des Bundes und der Länder aufgehoben wird. Die

Bundesregierung sollte die Mittel der **EU-Fonds zur Strukturanpassung im Beschäftigungssystem** und auf dem Arbeitsmarkt gezielt für Maßnahmen der beruflichen Nachqualifizierung im Verbund mit Beschäftigung einsetzen. Solange ein solches Bundesprogramm noch auf sich warten läßt, ist es unumgänglich, daß – quasi als Zwischenlösung – die Landesregierungen aktiv werden und die berufsbegleitende Nachqualifizierung von Ungelernten (und anderen Problemgruppen des Arbeitsmarktes) in den **arbeitsmarktpolitischen Programmen der Länder** aufnehmen.

Entwicklungsarbeiten und Erfahrungsaustausch fördern

Was die inhaltlichen und organisatorischen Anforderungen an eine nachgeholte Berufsausbildung in Verknüpfung mit Erwerbstätigkeit betrifft, sind weitere Entwicklungsarbeiten erforderlich (Ausarbeitung von Curricula für die verschiedenen Lernorte, Entwicklung von Handlungsanweisungen für die Gestaltung von Arbeitsaufgaben nach Lerngesichtspunkten, Herstellung von ausbildungsunterstützenden Medien, Erprobung von geeigneten Verfahren zur Zertifizierung der Lernfortschritte bzw. der erworbenen Qualifikationen etc.). Das Bundesinstitut für Berufsbildung setzt sich deshalb für entsprechende Modellversuche und einen organisierten Erfahrungsaustausch, die diesen Prozeß wesentlich beschleunigen können, ein.

Ende 1994 wurde im Verlauf zu einem Reader des hiba-Verlags¹³, in dem bisherige Erfahrungen mit der Umsetzung des Programm-entwurfs anhand ausgewählter Beispiele und problemorientierter Artikel beschrieben sind, eine systematische Zusammenstellung der bestehenden und im konkreten Planungsstadium befindlichen Kombinationsmodelle von Arbeit und Berufsausbildung (mit

Adressen, Projektbeschreibungen, Ansprechpartnern etc.) vom Bundesinstitut für Berufsbildung veröffentlicht.¹⁴ Diese Synopse dokumentiert den heutigen Entwicklungsstand berufsbegleitender Ansätze zur Nachqualifizierung. Sie soll den Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den beteiligten „Akteuren“ und potentiellen „Projektmachern“ (Betrieben, Beschäftigungs- und Bildungsträgern, Kammern, Arbeitsämtern, Ministerien, kommunalen Behörden u. a.) erleichtern.

Eine erste Auswertung zeigt, daß von den 52 dokumentierten berufsbegleitenden Nachqualifizierungsmaßnahmen rund drei Viertel auf die Vermittlung von in Deutschland bundesweit anerkannten Ausbildungsabschlüssen nach dem Berufsbildungsgesetz ausgerichtet sind. Die übrigen vermitteln Qualifikationen, die zwar auch über den einzelnen Betrieb/Ausbildungsträger hinaus anerkannt sind, aber kein komplettes Berufsbild abdecken, teilweise auch nicht bundesweit gelten. Es sind in der Regel Zertifikate, die von Verbänden der Arbeitgeber, von Kammern oder von anderen Organisationen nach einer Leistungsüberprüfung zum Nachweis einzelner Qualifikationsmodule vergeben werden und meist den Charakter von „Pässen“ haben (z. B. Schweißergpaß, Elektronikpaß, EDV-Anwenderpaß).

Die über 3 100 Teilnehmer und Teilnehmerinnen der in der Synopse erfaßten Nachqualifizierungsmaßnahmen arbeiten und qualifizieren sich schwerpunktmäßig in den Berufsfeldern

- Metalltechnik (17 Prozent)
- Bau (15 Prozent)
- Büro und Verwaltung (14 Prozent)
- sowie Sozial-/Altenpflege (13 Prozent).

Anfang 1995 setzte die Förderung von zwei Modellversuchen zur berufsbegleitenden Nachqualifizierung von jungen Erwachsenen ein. Mit den Modellversuchen in Hamburg

(Triade) und Berlin (BBJ Consult) sollen notwendige Entwicklungsarbeiten zur Nachqualifizierung in Büroberufen vorangetrieben und Transfermöglichkeiten entwickelt werden. Weitere Modellversuche sind in Thüringen und in Hessen geplant.¹⁵

Nachqualifizierungsmaßnahmen sind auf anerkannte Ausbildungsabschlüsse ausgerichtet

In dem 1995 gestarteten Vorhaben „**Berufsbegleitende Nachqualifizierung von jungen Erwachsenen**“ (V 1.005) faßt das Bundesinstitut für Berufsbildung seine Aktivitäten zur Umsetzung des Programmentwurfs „Nachholen von Ausbildungsabschlüssen im Rahmen von Beschäftigung“ zusammen. Ziel des Vorhabens ist – neben der fachlichen Betreuung von Modellversuchen und der Förderung des Erfahrungsaustauschs – darauf hinzuwirken, daß

- im Arbeitsförderungsgesetz und in ergänzenden Länderprogrammen zur Beschäftigungsförderung die abschlußbezogene, berufsbegleitende Nachqualifizierung fest verankert wird
- Betriebe mit hohem Ungelerntenanteil die Qualifizierung dieser Mitarbeitergruppe besonders unterstützen (z. B. durch die Übertragung lernhaltiger Produktions- und Dienstleistungsaufgaben, die Freistellung für ergänzende Qualifizierung, die Organisation von Praktika in anderen Betrieben, die vergütungsmäßige Honorierung von Qualifizierungsfortschritten).
- bei Tarif- und Betriebsvereinbarungen zum Rationalisierungsschutz bzw. zur Sicherung von Arbeitsplätzen Regelungen zur abschlußbezogenen Qualifizierung von Ungelernten aufgenommen werden.

- bei öffentlich geförderten Beschäftigungsprogrammen (Lohnkostenzuschüsse, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Beschäftigungsgesellschaften, soziale Betriebe usw.) der Arbeitseinsatz der Teilnehmer stärker als bisher unter Lerngesichtspunkten erfolgt und Zeiten für ergänzende Qualifizierung eingeplant werden

- berufsbegleitende Nachqualifizierungsmaßnahmen eindeutig auf anerkannte Berufsabschlüsse ausgerichtet werden und die Zertifizierung (z. B. bei Abbruch) immer im Verhältnis zu einem solchen Abschluß vorgenommen wird.

- die Betriebe, Beschäftigungsgesellschaften und die Träger ergänzender Qualifizierungsmaßnahmen durch regionale Beratungsinstitutionen beim Aufbau berufsbegleitender Nachqualifizierungsmaßnahmen unterstützt werden.

Anmerkungen:

¹ Nachfolgend sind unter dieser Bezeichnung auch die Angelernten erfaßt. Die Begriffe „Ungelernte“ und „Personen ohne Berufsausbildung“ werden synonym verwendet.

² Davids, S.: Junge Erwachsene ohne anerkannte Berufsausbildung in den alten und neuen Bundesländern. In: Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.): *Ausbildung für alle – Prävention von Arbeitslosigkeit und Ausbildungsabbruch in der vorberuflichen Bildung. Tagungsdokumentation. DJI-Arbeitspapier 2-072, München 1992*

³ Tessaring, M.: *Langfristige Tendenzen des Arbeitskräftebedarfs nach Tätigkeiten und Qualifikationen in den alten Bundesländern bis zum Jahre 2010. Eine erste Aktualisierung der IAB/Prognos-Projektionen 1989/91. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 27 (1994) Sonderdruck, S. 8*

⁴ Podetzka, H.; Klähn, M.: *Man tut sich schwer, bis man wieder im Tritt ist. Betriebliche Umschulung mit anerkanntem Abschluß. Bundesinstitut für Berufsbildung. Der Generalsekretär (Hrsg.) Berlin und Bonn 1992 (Berichte zur beruflichen Bildung, H. 136)*

⁵ Hecker, U.: *Lehrgänge zur Vorbereitung auf die Externenprüfung – Unterstützung beim nachträglichen Erwerb des Berufsabschlusses. In: BWP 22 (1993) 3, S. 32*

⁶ Dieser Umdenkungsprozeß wird auch durch viele BIBB-Arbeiten dokumentiert. Siehe z. B. Dehn-

bostel, P.; Holz, H.; Novak, H.: Lernen für die Zukunft durch verstärktes Lernen am Arbeitsplatz. Bundesinstitut für Berufsbildung. Der Generalsekretär (Hrsg.) Berlin und Bonn 1992 (Berichte zur beruflichen Bildung, H. 149)

⁷ Kloas, P.-W.; Selle, B.: Lernvoraussetzungen von „Ungelernten“ – Grundlagen für eine Nachqualifizierung. In: Lernen heute – Fragen für morgen. Reader zur Lernforschung in der Berufsbildung, Bundesinstitut für Berufsbildung. Der Generalsekretär (Hrsg.) Berlin und Bonn 1994 (Berichte zur beruflichen Bildung, H. 168)

⁸ Zu den einzelnen Praxisbeispielen (für das unter 3. genannte Koppelungsmodell existieren noch keine) siehe Kloas, P.-W.; Selle, B.: Vom Ungelernten zur Fachkraft – Modelle zur Kombination von Arbeit und Berufsausbildung im Überblick. Bundesinstitut für Berufsbildung (Berichte zur beruflichen Bildung, H. 181) Bielefeld 1994

⁹ Klähn, M.; Dinter, I.: Umschulung von Langzeitarbeitslosen – Ergebnisse einer Modellversuchsreihe. Bundesinstitut für Berufsbildung. Der Generalsekretär (Hrsg.) Berlin und Bonn 1994 (Berichte aus Modellversuchen, H. 34)

¹⁰ Fricke, P.; Kloas, P.-W.; Matzdorf, R.; Petzold, H.-J.: Arbeit und Berufsausbildung kombinieren – Ein Programmentwurf zur Ausbildung junger Erwachsener. Materialien und Praxisberichte zur Ausbildung und Arbeit von Jugendlichen, Band 18, Lübeck 1992

¹¹ Kloas, P.-W.; Davids, S.: Differenzierte Wege zum nachträglichen Erwerb eines anerkannten Berufsabschlusses – Überblick über die Beiträge und Diskussionsschwerpunkte der Arbeitsgruppe III. In: Differenzierte Wege zum anerkannten Berufsabschluß – Dokumentation einer Fachtagung zur Berufsausbildung benachteiligter Jugendlicher und junger Erwachsener. Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn 1993, S. 143 ff.

¹² Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft: Handlungskonzept für die Qualifizierung von Jugendlichen, die bisher ohne abgeschlossene Berufsausbildung bleiben (Bonn, 27. 10. 1993)

¹³ Fricke, P.; Kloas, P.-W.; Matzdorf, R.; Petzold, H.-J.: Arbeit und Berufsausbildung kombinieren – Praxisbeispiele und Umsetzungsprobleme (noch in Vorbereitung), Band II, Lübeck 1995

¹⁴ Kloas, P.-W.; Selle, B.: Vom Ungelernten ..., a. a. O.

¹⁵ Davids, S.: Neue Konzepte zur abschlussbezogenen, berufsbegleitenden Nachqualifizierung junger Erwachsener. In: Holz, H.; Bähr, W. H. Was leisten Modellversuche? Bundesinstitut für Berufsbildung. Der Generalsekretär (Hrsg.) Bielefeld 1995 (Sonderveröffentlichung)

Jugend in Europa: Ausbildung und Berufseinstieg von Jugendlichen aus Migrantenfamilien



Mona Granato

Sozialwissenschaftlerin,
M. A. in Politikwissen-
schaft, Volkswirtschaft und
Islamwissenschaft, ist Lei-
terin des Forschungspro-
jekts „Jugend und Berufs-
ausbildung in Deutsch-
land“ und wissenschaftli-
che Mitarbeiterin in der
Abteilung I.1 „Sozialwis-
senschaftliche Grundlagen
der Berufsausbildung“ im
Bundesinstitut für Berufs-
bildung, Berlin

Mit der Einführung des europäischen Binnenmarktes und der Erweiterung der Union haben sich neue Rahmenbedingungen für das Zusammenleben herausgebildet. Vor dem Hintergrund der sich ändernden Anforderungen an Arbeit und Qualifikation, geht es in diesem Beitrag darum, die Bildungschancen junger Menschen aus eingewanderten Familien näher zu betrachten.

Welche Bevölkerungsgruppen gehören zu den Modernisierungsgewinnern bzw. -verlierern¹ und welche Chancen der beruflichen Qualifizierung und der beruflichen – sowie sozialen – Integration erhalten Jugendliche und junge Erwachsene, deren Eltern emigriert sind, und die zumindest einen Teil ihrer Kindheits- und Jugendzeit in Deutschland oder in einem anderen europäischen Land verbracht haben. Die Analyse konzentriert sich auf vier Länder mit einem bedeutenden Potential junger Menschen aus eingewanderten Familien: Frankreich, Großbritannien, die Niederlande und Deutschland.

Ausgangslage

Jugendliche aus Migrantenfamilien und die nationalen Politiken

Einwanderung und nationale Einwanderungspolitiken in Westeuropa sind zugleich